

»Zeitenwende im Pazifik: Der Aufstieg Chinas«

von Roland Seib, Darmstadt

August 2019

China agiert als Weltmacht, die sich bemüht, den Einfluss der USA und seiner Verbündeten im Pazifik einzuschränken. Deutlich wurde dies auf dem von Rivalität und Spannungen geprägten Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft APEC im November 2018 in Papua-Neuguineas Hauptstadt Port Moresby. US-Vizepräsident Mike Pence überzog China mit Vorwürfen. Es wolle eine autoritäre und repressive Weltordnung etablieren, in der Staaten durch die *Seidenstraßen-Initiative* in die Schuldenfalle und Abhängigkeit getrieben werden. Chinas Staatspräsident Xi Jinping hofierte stattdessen auf einem Sondertreffen seine pazifischen Partner. Der vorliegende Beitrag widmet sich den wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Aspekten von Chinas Aufstieg in der Region. Zudem werden die sicherheitspolitische Rivalität mit anderen Staaten in der Region und die »Belt & Road«-Initiative angesprochen.

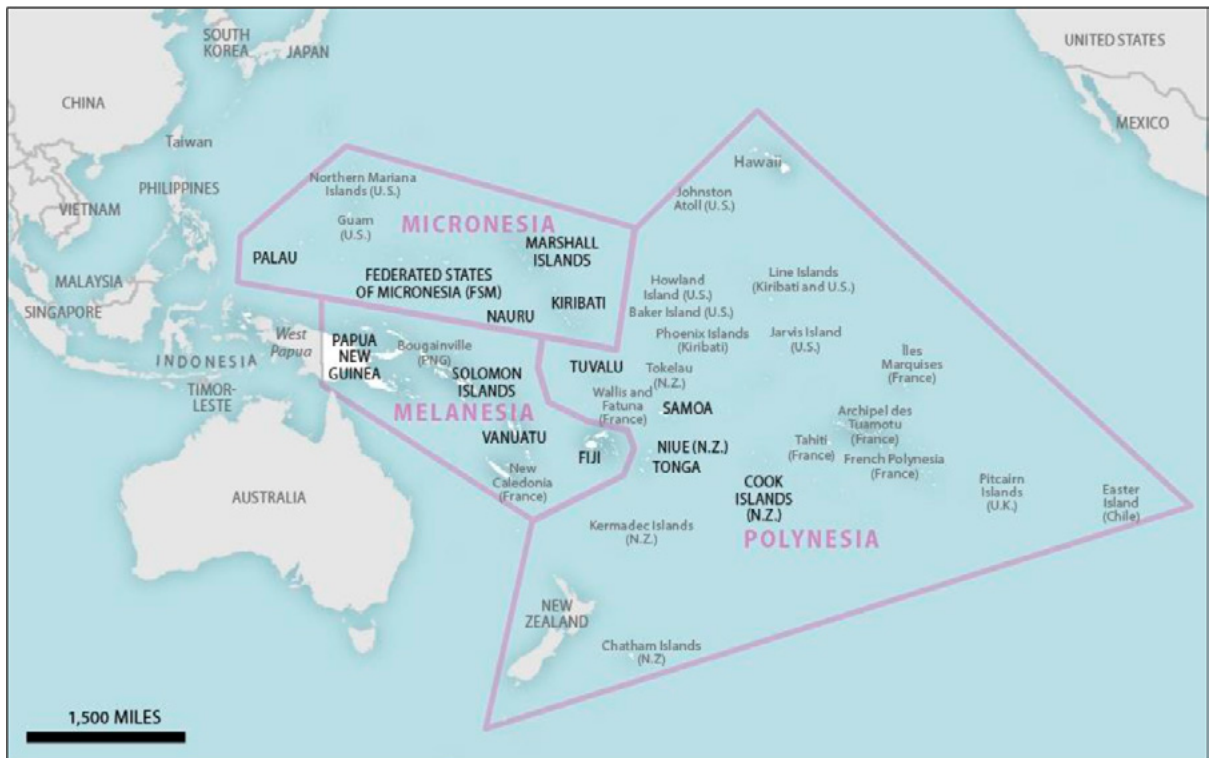
2009 ist eine umfangreiche Studie des Autors zur Rolle der Volksrepublik China im Südpazifik zu dem Ergebnis gelangt, dass kein neuer Hegemon am Horizont erkennbar ist. Nur zehn Jahre später hat sich das Bild fundamental gewandelt. China ist in der riesigen, strategisch immer wichtiger werdenden Region allgegenwärtig. Es ist zu einem der führenden Akteure aufgestiegen, obwohl nur zu acht der 14 unabhängigen Inselstaaten diplomatische Beziehungen bestehen. Die Machtverhältnisse vor Ort haben sich dramatisch und nachhaltig zu Gunsten Chinas verschoben. Dies zeigt sich auch im schnellen Beitritt der pazifischen Partner zur von Peking verfolgten »Belt & Road«-Initiative. Die Initiative soll die Maritime Seidenstraße des

21. Jahrhunderts von Indonesien über Papua-Neuguinea hinaus in den Pazifik ausdehnen.

Strukturmerkmale der pazifischen Inselstaaten

Der Pazifik ohne Nebenmeere umfasst die auf einer Meeresfläche von 166 Millionen Quadratkilometern gelegenen 14 unabhängigen Inselstaaten, von denen zwölf den Vereinten Nationen (UN) angehören.¹ Die Länder variieren nach Größe, Bevölkerungszahl, Ressourcenausstattung und Entwicklungsstand. Mit Abstand

Die pazifischen Inselstaaten in den drei Kulturräumen Melanesien, Polynesien und Mikronesien. Die fettgedruckten Namen kennzeichnen die unabhängigen und frei assoziierten Länder der Region. Amerikanisch-Samoa ist nicht auf der Karte abgebildet. (Karte: Congressional Research Service, 2017).

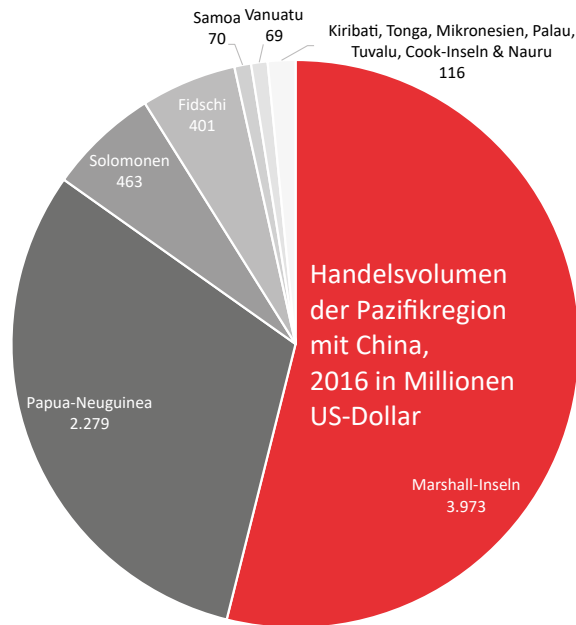
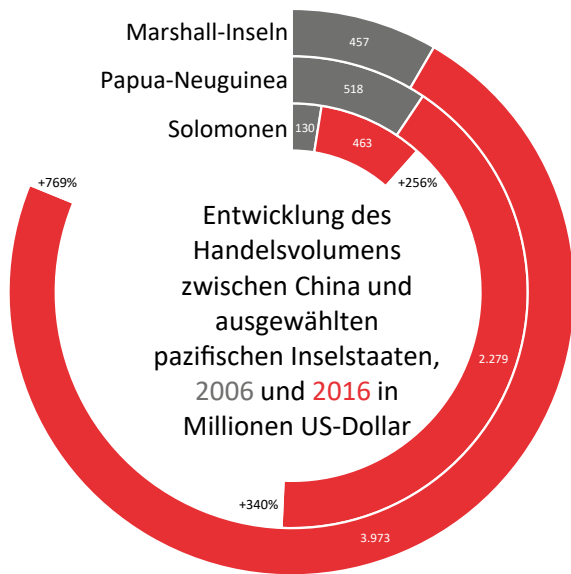


größtes Land ist Papua-Neuguinea (PNG), auf das allein knapp 88 Prozent der pazifischen Landfläche und mit 8,5 Millionen Einwohner*innen drei Viertel der pazifischen Gesamtbevölkerung von elf Millionen entfallen. Dem gegenüber stehen die Klein- und Kleinststaaten wie etwa Tuvalu, das auf 26 Quadratkilometern Festland gerade 11.000 Bürger*innen aufweist. Die 14 pazifischen Inselstaaten zählen alle zu den Entwicklungsländern. Sie weisen ein hohes Maß an Armut auf. Die Salomonen, Vanuatu, Tuvalu und Kiribati werden auf der UN-Liste der *Least Developed Countries* geführt.

Während Flächenstaaten wie PNG und die Salomonen über Rohstoffe verfügen, sind die Klein- und Kleinststaaten von Tourismus, Fischereieinkünften, Arbeitsmigration, Heimatüberweisungen und Entwicklungshilfe abhängig. Der Pazifik ist die einzige Region der Welt, in der die Unterernährung in den letzten zwölf Jahren zugenommen hat. Der Klimawandel ist dabei ein zentraler Schlüsselfaktor, der die Existenz zahlreicher Inselstaaten bedroht. Die drei Kulturräume des Pazifiks werden als Melanesien, Polynesien und Mikronesien bezeichnet. Die Aufteilung spiegelt die kolonialen Einflussphären und die bis heute begrenzte Aufhebung kolonialer Herrschaft wider. Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen erst am Anfang ihrer Entwicklung.

Die Pazifikstaaten gehören zur letzten Gruppe an Kolonien, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Sechs der 17 Territorien der UN-Dekolonisierungsagenda befinden sich im Pazifik. Die USA sind in Mikronesien weiterhin dominant. Neben den US-Außengebieten Guam, dem Commonwealth der Nördlichen Marianen und Amerikanisch-Samoa besteht ein bis 2023 gültiger »Compact of Free Association« mit den Marshall-Inseln, den Föderierten Staaten von Mikronesien und Palau. Australien konzentriert sich auf die melanesischen Staaten und Nauru, während Neuseeland enge Bindungen zu den polynesischen Ländern Cook-Inseln, Samoa, Niue, Tuvalu und Tokelau unterhält.

Frankreich übt die Kontrolle über Neukaledonien, Französisch-Polynesien und Wallis und Futuna aus. Die Pazifikstaaten sind mit Ausnahme des Königreichs Tonga parlamentarische Demokratien. Fidschi und PNG werden hinsichtlich der gewährten politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten als nur teilweise freigestuft (Global Freedom Index 2018). Die Pazifikstaaten bilden gemeinsam mit Australien und Neuseeland die wichtigste Regionalorganisation *Pacific Islands Forum* (PIF) mit Sitz in Fidschi.



Das Handelsvolumen der Pazifikregion mit der Volksrepublik China (Daten: UN Comtrade Database, Darstellung Katharina Viklenko und Christian Straube, 2019).

Rivalität der diplomatischen Beziehungen

China unterhält seit den 1970er Jahren diplomatische Beziehungen zu Fidschi, PNG und Samoa. Im Zentrum des Interesses stand die Durchsetzung der Ein-China-Politik, die seit den 1990er Jahren in der Region zu einem Konkurrenzkampf mit der Republik China eskaliert war (»Scheckbuch-Diplomatie«). Der Pazifik ist Taiwans letzte Bastion diplomatischer Unterstützung. Sechs der 17 Nationen erkennen Taipeh statt Peking an. Aus Sicht der Volksrepublik China ist Taiwan eine abtrünnige Provinz, deren gewaltsame Rückeroberung nicht ausgeschlossen wird. Die Wahl des taiwanesischen Präsidenten Ma Ying-jeou 2008 führte zu einer Befriedung des Streits. Mit der auf stärkere Autonomie setzenden Tsai Ing-wen als neuer Präsidentin der Inselrepublik hat sich dieser Konflikt seit 2016 erneut zugespitzt.

Nach dem vierten Staatsstreich des Militärs in Fidschi 2006 und den auf Druck Australiens 2009 verhängten Sanktionen war Peking nur zu bereit, die entstandene Lücke als wichtigster Partner des Landes zu füllen. Dem gegenüber stehen die oft von neokolonialer Attitüde und Vernachlässigung geprägten Beziehungen zu Australien. Dieses sah den Südpazifik immer als gesichertes strategisches Hinterland (»our patch«/unser Flecken oder »our sphere of influence«/unsere Einflussosphäre) an. Ähnliches gilt

für die USA. Barack Obama hatte 2011 noch eine Hinwendung zur Region (»pivot to the Pacific«) eingeleitet, der bis auf militärische Verlagerungen keine weiteren Folgen für die Inseln zeitigte. Mehr noch wurde die Entwicklungskooperation von Australien, Neuseeland und den USA ab 2011 zurückgefahren. China hat dieses Desinteresse genutzt, sich intensiv den Pazifikstaaten zuzuwenden.

Angesichts der immer stärker werdenden Präsenz Chinas folgte 2018 erneut die Kehrtwende westlicher Staaten. Mit der abermaligen Hinwendung Australiens (»step up«), Neuseelands (»Pacific reset«), der USA und Japans soll ein neues Kapitel in der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zur Region aufgeschlagen werden. Unabhängig davon haben auch externe Mächte wie Indonesien, Malaysia, Korea, Russland, Iran, Kuba und die Vereinigten Arabischen Emirate ihr Engagement in einzelnen Pazifikstaaten deutlich ausgeweitet.

Wirtschaft: Handel und Investitionen

Waren die Wirtschaftsbeziehungen der Pazifikstaaten bis Ende des 20. Jahrhunderts noch von den traditionellen westlichen (Kolonial-)Mächten geprägt, ist China als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mittlerweile zu einem dominanten Akteur weit vor den USA geworden. Chine-

sische Unternehmen stoßen mit ihren Waren und Investitionen in entlegenste Winkel des Pazifiks vor. Seit 1997 (133 Millionen, alle Angaben in diesem Beitrag in US-Dollar) hat sich der Wert des chinesischen Warenhandels mit den Inselstaaten auf rund 7,5 Milliarden im Jahr 2016 vervierfacht.

91 Prozent des chinesischen Handels mit der Region entfielen damit auf nur drei Staaten. Dies sind die Marshall Inseln (3,97 Mrd.), die nach Panama das zweitgrößte Schiffsregister der Welt beherbergen, PNG (2,3 Mrd.) und die Salomonen (0,46 Mrd.). Bei dem Flächenland PNG stehen den Rohstoffexporten (Flüssiggas, Mineralien und Tropenholz) Ausrüstungs- und Konsumgüter an Importen gegenüber. Es handelt sich damit um einen für die Länder des Globalen Südens typischen komplementären Handel. Die Handelsbeziehungen zu den Marshall-Inseln, den Salomonen und Tuvalu bestehen zudem mit Ländern, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhalten. Zugelegt haben auch die chinesischen Investitionen in den Inselstaaten (2016 2,8 Mrd.), wobei 70 Prozent auf PNG entfielen. In dem Land waren 2015 laut der Investment Promotion Authority 2.030 chinesische Unternehmen registriert (The National 22.6.2018).

Die mit 1,4 Milliarden größte Investition stellt die Ramu-Nickelmine in PNG dar. Sie wird von der Export-Import Bank of China (Exim Bank) finanziert und von der staatseigenen China Metallurgical Group Corporation (MCC) betrieben. Des Weiteren ist Chinas größter Goldproduzent, die Zijin Mining Group, zur Hälfte an der Porgera-Goldmine im Hochland beteiligt. Auch die projektierte Kupfermine Frieda River am Sepik-Fluss, eine der größten unberührten Kupferstätten der Welt, gehört zu 80 Prozent über PanAust der Guangdong Rising Asset Management Group. Der Konzern steht in Verbindung mit der Provinzregierung Guangdongs. Weitere chinesische Bergbauprojekte bestehen in Fidschi (Nawailevu-Bauxitmine und die Vatukoula-Goldmine), Neukaledonien (Beteiligung an der Chinese Caledonian Mining Company) und in den Salomonen (Goldmine Gold Ridge).

Werden die Praktiken der chinesischen Bergbauprojekte etwa in PNG eruiert, sind keine Unterschiede zur Vorherrschaft westlich-indus-

trieller Konzerne erkennbar. Auch hier werden die schwermetallhaltigen Verarbeitungsrückstände und der Abraum in das Meer (Ramu) oder den angrenzenden Fluss (Porgera) gekippt. Die Nickelmine in Ramu hat seit Betriebsbeginn 2013 keine Unternehmenssteuern gezahlt. In beiden Minen fordern die traditionellen Landbesitzer die Einstellung des Betriebs. Kritisiert wird der großflächige Verlust der Subsistenzgrundlage (Gärten, Flüsse und Fischgründe), ohne dass bisher Infrastruktur- und Entwicklungszusagen wie Straßen, Gesundheitszentren, Schulen, Wasserversorgung oder Elektrizität geliefert worden wären.

Wegen der Umweltzerstörung und der sozialen Verwerfungen klagen derzeit Anwohner*innen der seit 1990 produzierenden Porgera-Mine gegen den Staat PNG. Es geht um Entschädigungszahlungen in Höhe von 13 Milliarden. Zudem ist das Projekt wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen wie Gruppenvergewaltigungen und Gewalt durch das Sicherheitspersonal ein Dauerthema vor dem Hohen Kommissar der UN für Menschenrechte. Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards werden in dem Entwicklungsland weitestgehend zu Gunsten von Wachstum und Profiten ignoriert.

Entwicklungszusammenarbeit

Der Pazifik ist eine der am stärksten von Entwicklungshilfe abhängigen Gebiete der Welt. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist auf Pro-Kopf-Basis höher als in jeder anderen Region. Sind traditionell westliche Geberländer sowie die Asiatische Entwicklungsbank (ADB), die Weltbank und die Europäische Union (EU) wichtige Partner der Inselstaaten, ist China seit 2012 bei den Gesamtzusagen nach Australien zum zweitwichtigsten Geber aufgestiegen. Zwischen 2011 und 2016 wurden von Canberra 6,1 Milliarden für die Region ausgegeben. Es folgten China und Neuseeland mit jeweils etwa einem Sechstel der australischen Hilfe. Zwischen 2006 und 2016 wurden von Peking mehr als 200 Projekte mit Krediten im Wert von 1,8 Milliarden unterstützt. Die USA und Japan sind mit einer Milliarde bzw. 862 Millionen involviert (Lowy Institute: Aid and Development).

Leisten Australien und andere Geber ihre gesamte Hilfe als Zuschüsse, wurden zwischen 2011 und 2018 67,5 Prozent aller Zusagen Chinas an die Region als weiche Kredite mit 15- bis 20-jähriger Rückzahlung vergeben. Weitere Hilfen erfolgen mittels Zuschüssen und zinsfreien Darlehen (Zhang et al. 22.5.2019). Australien und andere westliche Geber engagieren sich zu meist in mühsamen Projekten guter Regierungsführung sowie im Bildungs- und Gesundheitssektor. China dagegen hat seinen Einfluss in den Inselstaaten mit Hilfe kreditfinanzierter Infrastrukturprojekte systematisch ausgebaut. Großprojekte wie Sportarenen, Flughäfen, Hafenanlagen, Straßen, ein Justizpalast in Samoa und die Renovierung des Königspalasts in Tonga sind hier aufzuführen. Prestigeprojekte wie Regierungsgebäude, Konferenzzentren oder der Independence Boulevard in PNG wurden hingegen durch Zuschüsse finanziert.

Während westliche Geber die Projekte aus schreiben und diese für die Empfängerländer an Bedingungen von Transparenz, Rechenschaftspflicht und der Wahrung der Menschenrechte binden, erfolgen chinesische Zusagen bilateral und ohne diese Auflagen («no political strings attached»). Dafür gelten andere Konditionen, um sich bei Chinas Exim Bank für Kredite zu qualifizieren. So müssen die ausführenden Unternehmen, die Beschäftigten und die Hälfte der Baumaterialien aus China stammen.

Die von Peking als »Süd-Süd-Kooperation« deklarierte Entwicklungshilfe steht unter schwerem Beschuss. Dies betrifft nicht nur Chinas Intransparenz, da weder offizielle Daten über Hilfen noch ein Budget veröffentlicht werden. China ist auch nicht Mitglied des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Insbesondere Australien und die USA werfen China eine aggressive und unseriöse Kreditvergabepolitik vor, die die Schuldenlast kleiner Inselstaaten auf nicht nachhaltige Höhen treibe. Die Entwicklungspolitik Pekings stelle damit eine Bedrohung der Souveränität der Inselstaaten und des westlichen Einflusses dar. Kritisiert werden die Finanzierung und der Bau »nutzloser Gebäude« und »Straßen ins Nirgendwo«. Auch mangle es den Bauten an Qualität und Nachhaltigkeit.

Tatsächlich hat die Gesamtverschuldung der Inselstaaten in den letzten Jahren teilweise bedrohlich zugenommen. Dies kann allerdings kaum China angelastet werden. Die Kritik westlicher Staaten einer »Diplomatie der Schuldenfalle« ist zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt für den Pazifik unbegründet. Wichtigste Schuldner mit zusammen 88 Prozent aller Außenstände sind PNG und Fidschi. PNG allein weist mit fast 590 Millionen die größte Verschuldung gegenüber China auf, was etwa einem Viertel seiner gesamten Auslandsbelastung entspricht. Sowohl in PNG als auch Fidschi ist die landesinterne Verschuldung aber dominierend. Nur in Tonga, Samoa und Vanuatu machen chinesische Kredite ein Drittel oder mehr der Gesamtverschuldung aus. Tonga ist dabei das einzige Land, das der Kritik einer Schuldenfalle entspricht. Diese Einschätzung wird auch vom Internationalen Währungsfonds (IMF) und der ADB geteilt. Zu berücksichtigen ist hier auch, dass die Hälfte der Länder mit erhöhtem Schuldenrisiko keinen Zugang zu chinesischen Krediten hat, da sie Taiwan anerkennen.

Ist der Vorwurf einer durch Peking verursachten nicht nachhaltigen Schuldenakkumulation (noch) unzutreffend, sind weitere Kritikpunkte korrekt. So ist es in den von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Inselstaaten kaum nachvollziehbar, mit den ausführenden Konzernen auch die Beschäf-

Chinesischer Straßenbau in der Peripherie Tongas (Foto: Roland Seib, 2011)



tigten einzuführen. Gerade die ungebremste Zunahme der chinesischen Migration hat in der Region zu großen Ressentiments und Abwehrreaktionen geführt. Schon in den Nullerjahren schätzte der neuseeländische Pazifikkenner Ron Crocombe die Zahl der Chines*innen in der Region auf 80.000. Je kleiner die Länder, desto größer fallen die Zuzugsströme ins Gewicht. Waren Chinesen schon seit dem 19. Jahrhundert im Pazifik eingewandert und akkulturiert, haben Unruhen und Gewalt gegen »neue« chinesische Migrant*innen in einigen Pazifikstaaten eine lange und wenig ruhmreiche Geschichte. So kam es 2006 in Tonga und den Salomonen zu schweren Ausschreitungen, bei denen das gesamte Geschäftsviertel (Nuku'alofa) bzw. 90 Prozent der Chinatown (Honiara) niedergebrannt wurden. Zahlreiche Krawalle mit Plünderungen gab es auch in PNG. 2009 wurden dabei vier Einheimische und drei Chinesen getötet.

Es bestehen große Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Rechenschaftspflicht der chinesischen Konzerne. Zwischen 2005 und 2017 erhielten nur zwei chinesische Unternehmen, die China State Construction Engineering Corporation (CSCEC) und die China Communication Construction Corporation (CCCC), von der Regierung PNGs mehrere Aufträge im Wert von jeweils über 100 Millionen. Beide Unternehmen wurden von der Weltbank wegen betrügerischer oder korrupter Praktiken bis Januar 2017 auf die schwarze Liste gesetzt. Die China Harbour Engineering Company (CHEC) als Ableger der CCCC wurde ebenfalls für das erste Großprojekt in PNG, den Hafenausbau der Stadt Lae, kritisiert. Die ADB als Auftraggeber bemängelte, dass eigenwillige Veränderungen am Design zur Unbrauchbarkeit und zu zusätzlichen Kosten von 137 Millionen geführt haben. Die Instandsetzung der Wasserversorgung der Cook-Inseln, finanziert durch Chinas Exim Bank und Neuseeland, endete als »one of the biggest disasters« des Landes, so Kritiker*innen (Radio New Zealand, nachfolgend RNZ, 22.1.2019).

Es ist offensichtlich, dass Chinas Infrastrukturprojekte nicht mit den Notwendigkeiten der Länder korrelieren, eine nachholende und nachhaltige Entwicklung zu initiieren. So sah sich Vanuatu genötigt darauf hinzuweisen, dass es sich bei Chinas Projekten nicht um »weiße Elefanten« handele, ein Synonym für gescheiterte

kostspielige Entwicklungsmaßnahmen. Der Außenminister gab aber zu, sein Land sei nicht dazu in der Lage, selbst die Stromkosten des erstellten Konferenzentrums zu zahlen, geschweige denn die Instandhaltungskosten in der Folge.

Während China eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten proklamiert, trifft dies im eigenen Interesse nicht zu. So macht Peking verstärkt Druck auf die Inselstaaten, um die eigenen Positionen durchzusetzen und Taipeh weiter zu isolieren. Seit 2017 hat China alle touristischen Gruppenreisen nach Palau verboten, um die Regierung zur diplomatischen Anerkennung der Volksrepublik zu zwingen. Dies war bisher erfolglos. Gegenwärtig interveniert Peking massiv hinter den Kulissen des Pacific Islands Forum, um die Anerkennung Chinas als rechtmäßiger Regierung Taiwans zu erreichen.

Schon Anfang 2018 hatte Chinas Botschafter in Vanuatu gegenüber der Tageszeitung *Daily Post* deutliche Worte gefunden: »There is no free lunch« (The Australian 31.1.2018). Man erwarte von seinen Partnern als Gegenleistung der Hilfe die Unterstützung chinesischer Positionen. Dies betrifft neben Taiwan vor allem den Konflikt im Südchinesischen Meer. China beansprucht die Hoheitsrechte für den größten Teil des strategisch wichtigen rohstoffreichen Seegebiets trotz des Urteils des Ständigen Schiedshofs in Den Haag. Dieser hatte im Juli 2016 auf Anruf der Philippinen alle maritimen Souveränitätsansprüche Chinas zurückgewiesen. Peking erwartet nun von seinen Partnern, die von den USA beanspruchte Freiheit der Navigation durch internationale Gewässer als Bedrohung der regionalen Stabilität abzulehnen.

Geopolitische Interessen und das neue Wettrüsten

China ist schon heute ein erstzunehmender Akteur in der globalen Sicherheitspolitik. Das Land hat sich in den letzten zehn Jahren zum zweitgrößten Beitragszahler für den UN-Friedenssicherungshaushalt und zum drittgrößten Zahler für den UN-Haushalt entwickelt. Auch ist heute die Bereitschaft Chinas gegeben, sich in-

ternational für die Bereitstellung öffentlicher Güter (Sicherung der Handelswege, Einsätze bei Krisen und Katastrophen, Friedenssicherung) zu engagieren. Da nur PNG, Fidschi und Tonga im Pazifik über Streitkräfte verfügen, ist das militärische Engagement Chinas in der Region aber begrenzt.

Die regionale Sicherheitsordnung im Pazifik wurde seit Ende des Zweiten Weltkriegs von den USA und ihren Alliierten Australien, Neuseeland und Frankreich gewährleistet. Angesichts des verstärkten Engagements Chinas im Pazifik hatte die Obama-Administration bereits 2011 den Schwerpunkt ihrer Sicherheitspolitik vom Atlantik in den asiatisch-pazifischen Raum verlegt. Dies beinhaltete vor allem einen Ausbau militärischer Strukturen in Guam, Amerikanisch-Samoa und Australien. Mit Chinas selbstbewussten Auftreten im Südchinesischen Meer folgte 2018 unter US-Präsident Trump die strategische Neuausrichtung der Region (»Indo-Pacific«), die den Führungsanspruch der USA bekräftigen und die verbündeten Staaten Australien, Japan, Indien, Indonesien und Südkorea stärker einbinden soll.

Australien, das den Südpazifik als lebenswichtig für die eigene Sicherheit und die wirtschaftlichen Interessen betrachtet, reagierte im März 2016 auf Chinas territoriale Expansion mit dem größten Aufrüstungsprogramm seiner Geschichte. Die Regierung kündigte umfangreiche Investitionen in das Militär an, mit Ausgaben von 150 Milliarden bis zum Jahr 2025. Vor allem Chinas Vorgehen im Südchinesischen Meer und die verdeckte Einflussnahme der Kommunistischen Partei auf die australische Innenpolitik hatte die Sorge um die nationale Sicherheit und die demokratischen Werte potenziert. Eine regelrechte »China-Angst« und Panik hatte sich landesweit ausgebreitet.

Hinzu kam im April 2018 das Gerücht, China wolle sich den Hafen Luganville im verschuldeten Vanuatu als Militärstützpunkt aneignen. Vergleiche wurden mit dem sri-lankischen Hafen Hambantota gezogen, den ein chinesisches Unternehmen 2017 zur Umwandlung eines Teils der sechs Milliarden Schulden in 99-jähriger Pacht zu 70 Prozent übernommen hatte. Vanuatus Regierung sah sich gezwungen, den 54-Millionen-Vertrag über den Bau des Hafenkais offen

zu legen. Er sah keine Schuldentauschklausel vor. Betont wurde, dass weder ein chinesischer Militärstützpunkt noch ein Sicherheitsabkommen mit Australien zur Debatte stehe. Vanuatu insistiert damit als einziges Land im Pazifik auf seiner Position als blockfreier Staat.

Integration in die »Belt & Road«-Initiative

Das 2013 vom gerade neu gewählten chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping ausgerufene Großprojekt der *Neuen Seidenstraße* zielt auf die Versorgung mit Rohstoffen, die Erschließung neuer Märkte, den Export industrieller Überkapazitäten, die Gewinnung neuer politischer Partner und nicht zuletzt die Expansion des autoritären staatskapitalistischen Entwicklungs- und Ordnungsmodells. Dieses Modell ist als dezidierter sinozentrischer Gegenentwurf zur westlich-demokratischen Ordnung zu verstehen. Die Initiative kann als eine Blaupause für die globale Eroberung von Märkten, Macht und Legitimität angesehen werden und zielt über die politische Unterstützung in internationalen Gremien zur Regelsetzung langfristige auf die Vormachtstellung Chinas in der Welt.

Die Initiative hat erst 2018 im Pazifik Fuß gefasst, obwohl Neuseeland schon im März 2017 beigetreten war. Zudem waren seit 2014 Australiens größter Hafen Melbourne, der weltweit größte Kohlehafen Newcastle und der Hafen von Darwin über Pachtverträge in den Besitz chinesischer Investoren übergegangen. PNG war der erste Pazifikstaat, der Mitte 2018 der *Seidenstraßen-Initiative* beigetreten ist. Bis zum APEC-Gipfel 2018 hatten sich die Cook-Inseln, Fidschi, Mikronesien, Niue, Samoa, Tonga und Vanuatu ebenfalls der Initiative angeschlossen. Im Oktober 2018 war zudem der australische Bundesstaat Victoria ohne Kenntnis der Commonwealth-Regierung in Canberra beigetreten.

Die pazifischen Staatsführer*innen erhoffen sich von dem Projekt Wirtschaftswachstum und Entwicklung. Erfolgreich lief das APEC-Gipfeltreffen vor allem für PNG. Staatspräsident Xi machte dem Land Zusagen im Rahmen der *Seidenstraßen-Initiative* über die Finanzierung von Projekten in Höhe von 4,46 Milliarden (zur Er-

innerung: das BIP betrug 2017 gerade einmal 21 Milliarden). Damit wird die China Railway Construction Engineering Group Corporation (CREC) unter anderem das Straßennetz über eine Länge von 1.600 Kilometern ausbauen, zwei zollfreie Agroindustrieparks entwickeln und die Wasserversorgung der Stadt Goroka verbessern. Für die Industrieparks, die Lebensmittel für den chinesischen Markt produzieren sollen, wird dem Unternehmen das Nutzungsrecht an den Grundstücken von 400 Hektar, die nicht dem Staat, sondern traditionellen Landbesitzern gehören, für 99 Jahre übertragen. Der Regierung wird damit das Eigenkapital für die Projekte in Höhe von 60 Millionen erlassen (Xinhua 31.5.2018, The National 21.11.2018).

Weitere Großprojekte sind in Planung oder schon im Bau. So wird die chinesische Gruppe Shenzhen Energy für 907 Millionen das Wasserkraftwerk Ramu 2 im Hochland von PNG finanzieren, errichten und für 25 Jahre betreiben. Zudem baut der chinesische Telekommunikationsgigant Huawei für 198 Millionen das Mobilfunknetz des Landes aus. Die Kooperation geht aber noch weiter. Auf dem zweiten *Seidenstraßen-Forum* im April 2019 in Peking vereinbarten beide Regierungen, die »Belt & Road«-Initiative mit den Entwicklungsplänen PNGs zu vereinen. Damit soll die wirtschaftliche Ermächtigung der Gemeinschaften des Hinterlandes erreicht werden, das noch über 80 Prozent der Bevölkerung umfasst. China sieht die Pläne als Modell für seine Beziehungen zu den pazifischen Inselstaaten (RNZ 26.4.2019). Abgerundet werden die Vereinbarungen mit der Zustimmung der PNG-Regierung zum Bau einer Chinatown, die das chinesische Unternehmen Baosen International Holdings für 280 Millionen in der Hauptstadt Port Moresby errichten will.

Noch auf dem APEC-Treffen 2018 hatten westliche Länder massive Gegenmaßnahmen angekündigt, die der »Belt & Road«-Initiative Paroli bieten sollen. So werden die USA die Overseas Private Investment Corporation mit der Development Credit Authority von USAID zusammenlegen. Der Kreditrahmen für Asien und den Pazifik soll 60 Milliarden betragen. Australien will ein Paket an Infrastrukturhilfe über 1,4 Milliarden bereitstellen. Ebenfalls auf dem Gipfel hatten Australien, die USA, Neuseeland und Japan für PNG ein auf zwölf Jahre lau-

fendes Elektrizitätsprojekt über 1,7 Milliarden angekündigt, das 70 Prozent des Landes bis 2030 elektrifizieren soll.

Perspektiven

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass China im Pazifik innerhalb der letzten zehn Jahre vergleichbar dem internationalen Auftritt massiv an Engagement, Einfluss und Macht zugelegt hat. Durch Chinas Engagement werden absehbar mehr Konkurrenz, Instabilität und Krisenlastigkeit die Region bestimmen. Mehr noch ist die Großmacht Konkurrenz zur wichtigsten Dynamik des südwestlichen Pazifiks geworden, die Handel und Beziehungen schon heute negativ beeinflusst. Politiker*innen und Staaten könnten sich schon bald genötigt sehen, sich für eine Seite zu entscheiden. Dies unterstrich Singapurs Premier Lee Hsien Loong im November 2018 beim Treffen der ASEAN-Staaten.

Deutlich ist auch, dass die von China ausgehende und von westlichen Staaten beantwortete Infrastrukturoffensive an den Entwicklungsnotwendigkeiten der Region vorbeigeht. Sie verstetigt die Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe und treibt die Verschuldung der Staaten in die Höhe, die die Entscheidungsfreiheit und damit die Souveränität einschränkt. Sie stärkt Abhängigkeit und Fremdbestimmung, dies insbesondere in PNG, das zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt zählt. Korruption und Intransparenz in den melanesischen Staaten werden vertieft. Statt Großprojekten ist in den Flächenstaaten eine langsame und stetige Anbindung und Förderung des Hinterlandes erforderlich, die die auf Subsistenzniveau verharrenden Gesellschaften in die Ökonomie integriert. Der Zugang zu Bildung und Gesundheit muss ausgebaut werden, um die Lebensbedingungen der Armen konkret zu verbessern. Damit wäre eine schrittweise Realisierung der *Sustainable Development Goals* möglich.

China sind bisher in der Region keine direkten geopolitischen Sicherheitsinteressen nachzuweisen. Entsprechend wurde auch die durch Australien initiierte Aufrüstung der Inselstaaten auf dem letzten Treffen des PIF im September 2018 zurückgewiesen. Der Klimawandel wird

als die mit Abstand größte Bedrohung der regionalen Sicherheit angesehen. Das Forum hatte schon 2017 eine eigene Entwicklungsagenda skizziert, die den »Blue Pacific« in das Zentrum der gemeinsamen Bemühungen stellt. Dabei geht es um die kollektive Ermächtigung der Pazifikbewohner*innen, eine größere Kontrolle über die regionale Entwicklung zu erlangen. Dass die Staaten gemeinsam als ein blauer Kontinent agieren, ist angesichts der vorhandenen Partikularinteressen eher unwahrscheinlich. Der künftig das Weltgeschehen prägende Konflikt zwischen dem aufsteigenden China und den USA um die globale Vorherrschaft hat gerade erst begonnen.

Anmerkung

- 1 Die 14 Pazifikstaaten (ohne Australien und Neuseeland) sind die Cook Inseln, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM), Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea (PNG), Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. Kein UN-Mitglied sind die Cook-Inseln und Niue. Die Volksrepublik China wird von den Cook-Inseln, Fidschi, FSM, Niue, PNG, Samoa, Tonga und Vanuatu anerkannt, Taiwan von den sechs anderen Staaten.

Literaturauswahl

- Dornan, Matthew/Sachini Muller (2018): The China shift in Pacific trade. Canberra: DevPolicyBlog 15. November.
- Fox, Rohan/Matthew Dornan (2018): China in the Pacific: is China engaged in »debt-trap diplomacy«? Canberra: DevPolicyBlog 8. November.
- Meick, Ethan/Michelle Ker/Han May Chan (2018): China's Engagement in the Pacific Islands: Implications for the United States. Washington DC: U. S.-China Economic and Security Review Commission, 14. Juni.
- Rabanal, Rommel/Cara Tinio (2019): Dealing with rising public debt in the Pacific. DevPolicyBlog, 30. Januar.
- Seib, Roland (2009): China in the South Pacific: no new hegemon on the horizon«. Frankfurt/M.: Peace Research Institute Frankfurt.
- Zhang, Denghua (2017): China's Diplomacy in the Pacific: Interests, Means and Implications. *Security Challenges*, 13. Februar.
- Zhang, Denghua/Diego Leiva/Melodie Ruwet (2019): Chinese aid to the Pacific and the Caribbean. Canberra: DevPolicyBlog 22. Mai.

Der Autor

Dr. Roland Seib, Darmstadt, ist Politikwissenschaftler mit dem regionalen Schwerpunkt Südpazifik und hier insbesondere Papua-Neuguinea.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

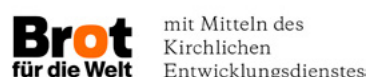
Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und



und



Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Christian Straube | Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52

50672 Köln (Germany)

Tel.: +49-221-716121-12

Email: christian.straube@asienhaus.de

Web: www.asienhaus.de/china

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.